

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Konsequenzen der Neuregelung der Umsatzbesteuerung des Kunsthandels

Mit der Änderung des Umsatzsteuergesetzes wird nunmehr beim Verkauf von Kunstgegenständen der volle Mehrwertsteuersatz i.H.v. 19 Prozent fällig. Damit erfüllte die Bundesregierung eine Forderung der Europäischen Kommission, die in der bisherigen Praxis, nur den ermäßigten Satz von 7 Prozent anzuwenden, eine unerlaubte Förderung des deutschen Kunsthandels sah. Zur Kompensation hat der Bundesgesetzgeber nach Verhandlungen mit der EU und den Verbänden der betroffenen Galerien und Künstler die Einführung einer pauschalisierten Marge nach französischem Modell zum 1. Januar 2014 beschlossen, nach der nur 30 Prozent des Verkaufspreises voll zu besteuern sind. Damit aber dieses Modell seine volle Wirkung entfalten kann, müssen nun im Rahmen eines Anwendungserlass praktische Vorgaben gemacht werden. Die bisher dazu geführten Gespräche zwischen den Finanzverwaltungen von Bund und Länder blieben jedoch ergebnislos.

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Einigung auf die Einführung einer pauschalisierten Marge nach französischem Modell im Kunsthandel?
2. Inwieweit werden diese Regelungen bereits von der Bremischen Finanzverwaltung angewendet bzw. wie sieht der Zeitplan für die Umsetzung aus?
3. Mit welchem Satz werden im Land Bremen zurzeit Verkäufe von Kunstgegenständen besteuert und auf welcher Berechnungsbasis fußt diese Besteuerung?
4. Wie hoch war in den letzten zehn Jahren das im Land Bremen aus Kunstverkäufen gewonnenen Umsatzsteueraufkommen? Mit welchen Mindereinnahmen ist in Zukunft bei Anwendung des Modells der pauschalisierten Marge zu rechnen?
5. Teilt der Senat die Einschätzung des Kulturrates, dass die Blockadehaltung der Länder dem Kunsthandel bereits „großen Schaden“ zugefügt hat? Welche Konsequenzen für Künstlerinnen und Künstler, Galerien und den Kulturstandort Bremen insgesamt sind nach Ansicht des Senats zu befürchten, sollte es zu keiner Einigung kommen?

Claas Rohmeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU